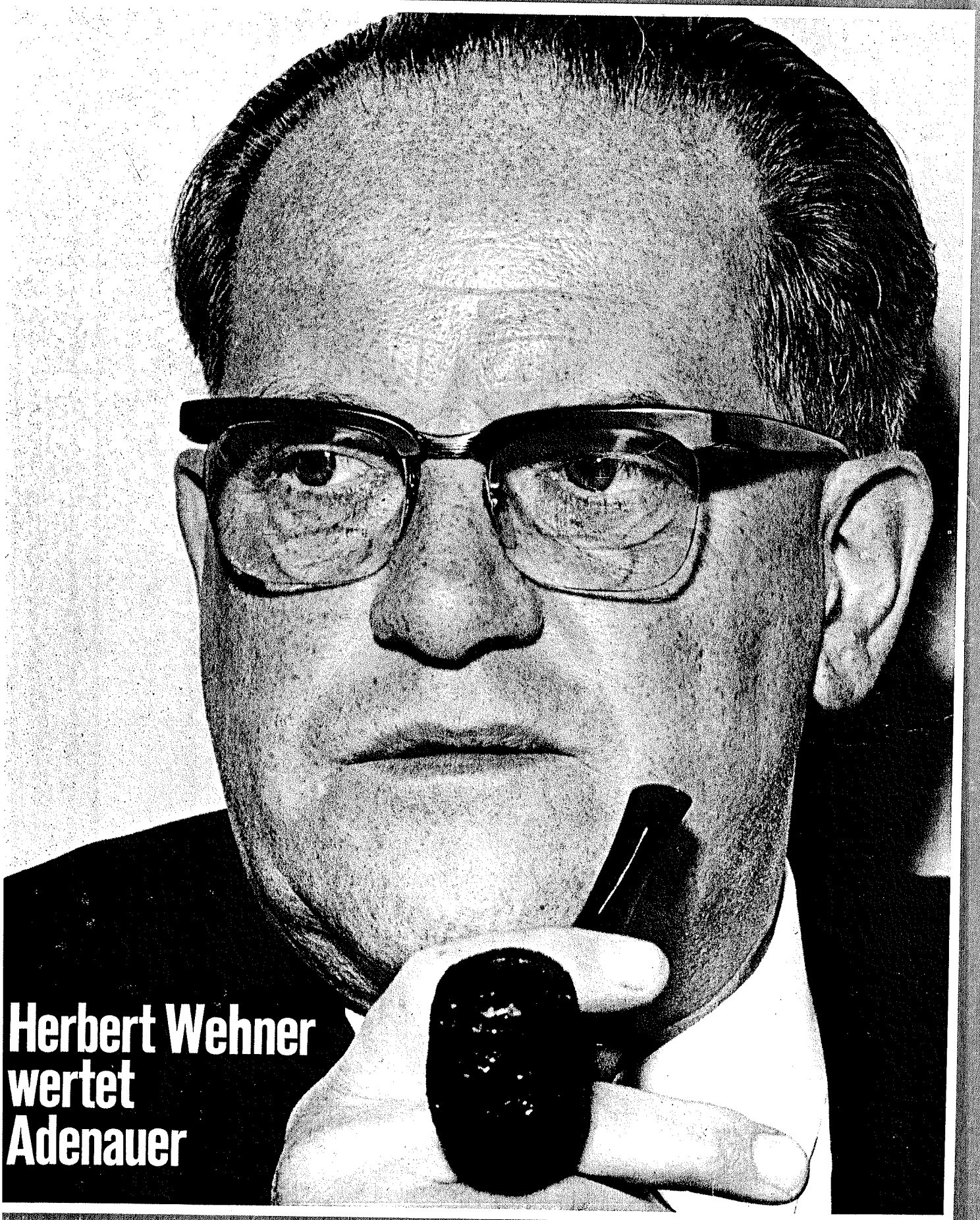
EA 14-027

DER SPIEGEL

25. SEPTEMBER 1963 · NR. 39
17. JAHRGANG · 1 DM
ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN HAMBURG · C 6380 C



Herbert Wehner wertet Adenauer

„ES HÄTTE AUCH SCHLIMMER KOMMEN KÖNNEN..."

SPIEGEL-Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner

SPIEGEL: Herr Wehner, in wenigen Wochen tritt Bundeskanzler Konrad Adenauer ab. Er hat 14 Jahre lang regiert, und Sie waren immer, jedenfalls bis vor kurzem, einer seiner schärfsten Gegner. Wie denken Sie heute über Adenauer, wie denken Sie über seine Zeit?

WEHNER: Ich habe ihn immer für den listenreichsten politischen Mann in unserer Zeit gehalten und auch für den am wenigsten von irgendwelchen Bedenken und Skrupeln gehemmten Mann, für einen Mann, der sogar den Ruf von Menschen auslöschen lassen konnte. Seine Regierungszeit würde ich als einen Zeitabschnitt der Sammlung von Kräften betrachten, als die Sammlung zu einem neuen Versuch, nachdem das deutsche politische Gefüge in den zwölf Jahren der Hitler-Herrschaft und schon in den paar Jahren, die vorausgingen, auseinandergebrochen war.

SPIEGEL: Als eine Epoche der Restauration, wie man sie genannt hat?

WEHNER: Ich halte nichts von dieser Charakterisierung, obwohl sie ja auch bei uns Sozialdemokraten viel verwendet worden ist. Sie entsprang einem gewissen Ohnmachtsgefühl. Sicher ist unter Adenauer vieles restauriert worden, das gebe ich zu, und sogar mehr, als gut war. Doch hat auch eine Sammlung stattgefunden. Nehmen Sie die SPD: Wir sind in dieser Adenauer-Zeit gezwungen worden, uns mit einem innerpolitischen Gegenspieler zu befassen, der nicht in das politische Schema paßte, mit dem wir es früher zu tun hatten.

SPIEGEL: Mit der CDU als einer bürgerlichen Union, die den Parteien der Weimarer Republik nicht glich, weder dem Zentrum...

WEHNER: Weder dem Zentrum noch der Deutschnationalen Volkspartei noch der Deutschen Volkspartei, und die auch nicht einfach die Summe dieser alten Parteien bildete, sondern etwas Neues. Es hat lange gedauert, bis wir Sozialdemokraten dies durchschaut hatten, und ich bezweifle, daß es heute schon allen völlig klar geworden ist. Da war eine Sammlung auf der anderen Seite; die wesentlichen Kräfte außerhalb der SPD hat man in dieser Zeit konzentriert, und das hat denn auch zu einer Sammlung der Sozialdemokraten geführt, und zwar im Hinblick auf ihre politischen Vorstellungen.

SPIEGEL: Wollen Sie sagen, daß Adenauer das Klassenkampf-Schema des Marxismus in Frage gestellt hat, indem er Teile der Arbeiterschaft heranzog und eine Volkspartei schuf?

WEHNER: Das Klassenkampf-Schema, das ist sowieso eine Sache, die wie ein Prokrustesbett gehandhabt werden muß, wenn sie überhaupt klappen soll. Diejenigen, die damit weiterzukommen glauben, benutzen ja auch diese Prokrustesbett-Methode: Entweder man hackt etwas ab, damit es paßt, oder man zieht es lang, damit es paßt.

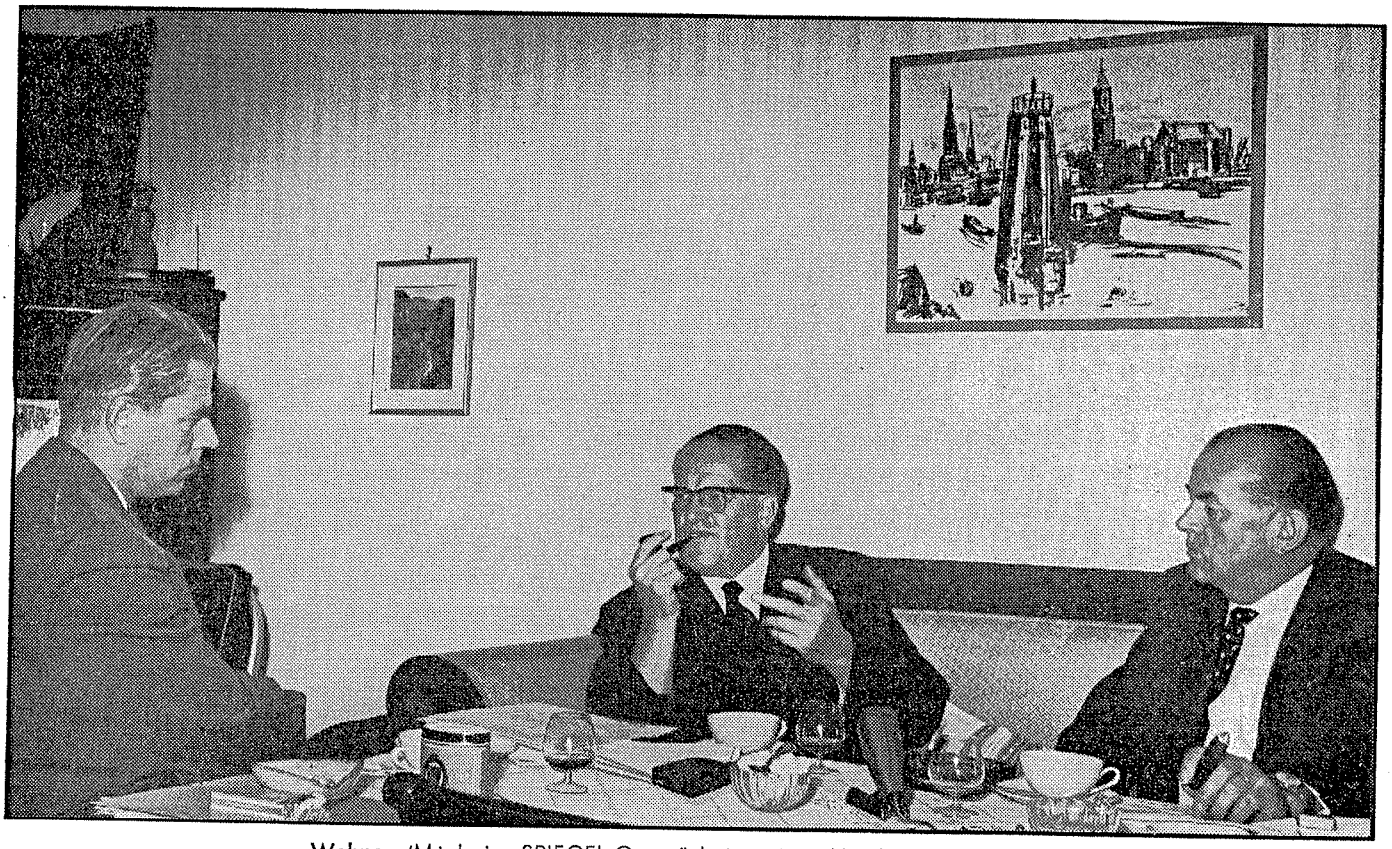
SPIEGEL: Also stehen sich heute in Gestalt der CDU und SPD zwei Volksparteien gegenüber, quer durch alle Schichten des Volkes hindurch?

WEHNER: Ja, aber mit großem Unterschied von den Ausgangspunkten her, mit Verschiedenheit der spezifischen Gewichte und mit Unterschieden hinsichtlich der Art, in der sie den inneren Ausgleich erzielen wollen. Vorausgesetzt, die CDU und ihre Mehrheit wollte einen solchen Ausgleich überhaupt ernsthaft.

SPIEGEL: Sie bezweifeln das?

WEHNER: Ich denke dabei an das, was Erhard einmal polemisch gegenüber dem Bundeskanzler als Gefälligkeitspolitik bezeichnet hat, daß man also sehr berechnend zu bestimmten Zeiten — wenn man meint, jetzt wird das für die nächste Wahlentscheidung ins Gewicht fallen — gewisse soziale Verbesserungen zugesteht, nicht zuletzt mit dem Gedanken, man nimmt damit der anderen Partei den Wind aus den Segeln und hält sich an der Macht. Von der SPD aus gesehen, liegt das Übergewicht darin, daß nach ihrer Meinung von der gesellschaftlichen Seite her für den inneren Ausgleich das meiste noch zu tun ist. Das ist der eigentliche Unterschied.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß der Bundeskanzler die Tendenz zur Sammlung bewußt gefördert hat, oder war er mehr ein Vollstrecker der historischen Entwicklung in dieser Zeit?



Wehner (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in seiner Hamburger Wohnung*

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Conrad Ahlers (l.) und Georg Wolff.

WEHNER: Es ist sehr schwer, da gerecht zu urteilen. Ich selber habe in den Jahren der Auseinandersetzung über die Außenpolitik, in denen damals die Weichen gestellt wurden, wiederholt gesagt: Die Stärke Adenauers liegt darin, daß er das tut, was die anderen wollen, in diesem Fall also die westlichen Mächte. Das war natürlich zuwenig. Er war doch ein Mann, der jene Mischung aus Konservativismus und sozialem Sicherheitsstreben zustande gebracht hat, die seine Partei so kennzeichnet.

SPIEGEL: Aus dieser Mischung entstand die westdeutsche Partei neuen Typs, die Volkspartei, die keine Weltanschauungspartei mehr sein kann.

WEHNER: Adenauer hat das, was Sie Volkspartei nennen, mit den Kräften zustande gebracht, die außerhalb der SPD parteifähig waren. Er hat es unter dem besonders günstigen Vorzeichen machen können, diese Partei noch nicht einmal Partei nennen zu müssen, womit er auch denen entgegengekommen ist, die sowieso vor 1933 gegen die Parteien gewütet haben und dann nur noch *eine* Partei gelten ließen. Das war alles psychologisch sehr gut überlegt.

SPIEGEL: Ihr Wort von der Sammlung hat einen ausgesprochen positiven Klang . . .

WEHNER: . . . ich bitte sehr um Entschuldigung: Da waren zwölf Jahre Hitler, das schloß mit einem fürchterlichen Desaster, und da war früher das Sozialistengesetz, aber was war dieses Gesetz gegen die zwölf Jahre. Die Sozialdemokraten waren zwölf Jahre verbannt, und sie haben einen Aderlaß wie nie zuvor gehabt. Es bleibt einem Manne wie Strauß überlassen, heute zu sagen: Wenn man berechnet, wie lange die in 100 Jahren überhaupt regiert haben, so sind es drei oder vier Jahre vielleicht. Das zeigt ja die Kurzsichtigkeit dieser Art von Politikern.

SPIEGEL: Sie meinen also, die bösen Erfahrungen der Hitlerschen Machtübernahme hätten dazu geführt, daß man nach 1945 nicht das Parteiensystem der Weimarer Republik restaurierte, sondern, wie es Adenauer tat, Sammlungsparteien gründete?

WEHNER: Als weiteres Moment kam die Anwesenheit der Sowjet-Union auf deutschem Boden hinzu. Die jetzige Ordnung, die wir unter dem Druck der von den Sowjets auf deutschem Boden geschaffenen Tatsachen zuwege gebracht haben, diese Ordnung mit all ihren Mängeln hat die Adenauersche Partei und die SPD gezwungen, miteinander auszukommen — was sie auch sonst immer voneinander gedacht haben mögen.

SPIEGEL: Man muß sich lieben, wenn man sich nicht entlaufen kann, so ungefähr hat Nietzsche eine solche Lage charakterisiert.

WEHNER: Woran ist denn die Weimarer Republik, die ja nicht schlecht war, weil die Verfassung schlecht war oder weil die Deutschen für die Demokratie nicht geeignet waren, zugrunde gegangen? Sie ist daran zugrunde gegangen, daß dem freiheitlichen Staat keine demokratische Gesellschaft entsprach. Damals waren die zum Obrigkeitsstaat strebenden und im gesellschaftlichen Sinne wirklich restaurativen feudalen und anderen Kräfte so stark, daß sie mit dem, was sie taten, durch ihre Art des Provozierens, noch das Elend der anderen Seite, der Arbeiterschaft und der ihr verwandten Schichten und Gruppen, verstärkt haben, nämlich deren innere Spaltung und Spannung im Verhältnis zum Staat.

SPIEGEL: Und dieses Verhältnis der Sozialdemokraten zum Staat hat sich heute geändert. Diese innere Spaltung der SPD im Verhältnis zum Staat halten Sie jetzt für überwunden?

WEHNER: Die haben wir erst überwinden müssen. Wir mußten zunächst vollziehen, was Schumacher in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten gemeint hat, als er sagte, in Europa sei keine andere Möglichkeit als die Demokratie zu sehen. Die Demokratie durfte für uns kein Abstraktum bleiben und es mußte *diese* Demokratie sein, die wir seither mit ihren Mängeln und Fehlern akzeptieren und die wir ausgestalten wollen.

Schumacher

SPIEGEL: Unser Eindruck ist, daß sich nicht nur die Stellung der SPD zum Staat und zur Gesellschaft, sondern auch zur Person Adenauers im Laufe dieser Jahre gewandelt hat. Zuerst erbitterte Ablehnung, dann eine stille Duldung und jetzt eine Art Respekt. Worauf gründet sich diese Wandlung?

WEHNER: Das ist schwer zu sagen. Wenn Sie von Wandlung sprechen, dann träfe der erste Teil auf Kurt Schumacher zu, und ich glaube in der Tat, daß Schumacher den Adenauer nicht völlig richtig eingeschätzt hat. Das ist verzeihlich bei einem Mann, der elf Jahre lang eingesperrt gewesen war, den man drangsaliert und gequält hatte — und der sich 1945 plötzlich einer völlig neuen politischen Kraft gegenübersah. Diese neue politische Kraft und diese Person Adenauer konnten sich das Bestreben eines großen Teils der Deutschen zunutze machen, erst einmal in etwas windstillere Bereiche der Politik zu kommen — die einen, weil sie in der vorhergehenden Periode vorn gewesen waren, die anderen, weil sie besonders erschüttert waren oder gelitten hatten.

SPIEGEL: Und diese Fehleinschätzung Schumachers führte zur Enttäuschung und Erbitterung?

WEHNER: Zu einer Enttäuschung, die erst verwunden werden mußte. Er war enttäuscht, daß dieses Volk inmitten einer Trümmerlandschaft nun nicht einfach der Sozialdemokratie die Mehrheit gab, sondern es lieber mit einer anderen Kraft versuchte, die vielen vertrauter erschien, verglichen mit dem, was sie bisher und vor allem unmittelbar vorher erlebt hatten, und die vielen mehr Kontinuität zu versprechen schien.

SPIEGEL: Aber warum nun der Respekt vor Adenauer?

WEHNER: Wir haben ja nicht gerade Freundschaft mit ihm geschlossen. Aber

HERBERT WEHNER

ist, ebenso wie Berlins Bürgermeister Willy Brandt, stellvertretender Parteivorsitzender der SPD. Trotz Willy Brandt ist er immer noch die einflußreichste Figur an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie.

Der 57jährige Politiker – er wurde am 11. Juli 1906 als Sohn eines Schuhmachers in Dresden geboren – hat maßgeblich an der Durchsetzung des Bad Godesberger Reformprogramms mitgewirkt. Mit einer aufsehenerregenden Rede am 30. Juni 1960 im Bundestag wurde von ihm die gemeinsame Außenpolitik zwischen Regierung und Opposition eingeleitet, und er hat schließlich, im Winter vergangenen Jahres während der durch die SPIEGEL-Affäre ausgelösten Staatskrise, den allerdings vergeblichen Versuch unternommen, eine Große Koalition von CDU und SPD unter Adenauers Führung zu bilden.

Wehner, der seit 1949 den Gesamtdeutschen Ausschuß des Bundestages leitet, war viele Jahre lang erbittertster Kritiker der Kanzler-Politik. Er hat Konrad Adenauer, dessen Wiedervereinigungs-Bekenntnisse er für unglaubwürdig hielt, einmal eine „Nachgeburt des Führers" genannt und noch 1959 erklärt: „Für uns gibt es keine Gemeinschaft mit den verlogenen Leuten in der Spitze der CDU, die die Einheit Deutschlands schon längst abgeschrieben haben."

Dies war die Sprache Kurt Schumachers, den Herbert Wehner bewunderte und verehrte und der bis zu seinem Tode im Jahre 1952 den ehemaligen Kommunisten Wehner gefördert hat. Die Totenmaske Kurt Schumachers hat noch heute in der Wehner-Wohnung auf dem Bonner Venusberg einen Ehrenplatz.

Aber sowenig sich Wehners Wertschätzung der Persönlichkeit Kurt Schumachers geändert hat, sosehr hat er sich im Laufe der Zeit von der Politik kompromißloser Opposition distanziert, die sein verstorbener Parteiführer und Freund den Sozialdemokraten hinterließ.

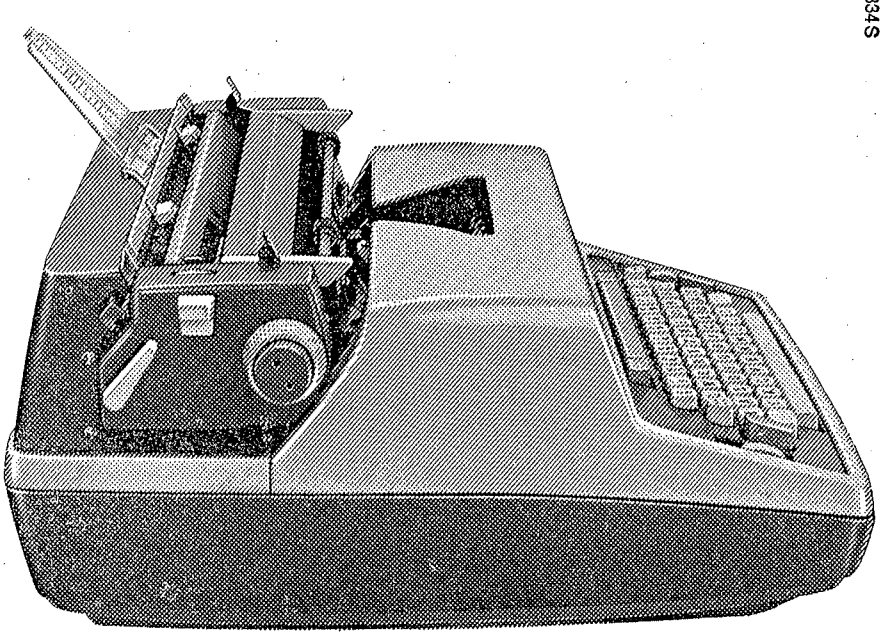
Das staatsmännische Format Herbert Wehners wird heute auch von seinen Gegnern in den bürgerlichen Parteien anerkannt, während die Kritiker Wehners in der SPD, die den neuen Kurs ihrer Partei mit seiner Person identifizieren, seit der Bundestagsrede vom Juni 1960 an Zahl und Gewicht zugenommen haben.

Leichtes Schreiben - elektrisch

Voll ausgerüstet, daher universell einsetzbar — das ist der große Vorteil der Olympia Electric SGE 40. Sie arbeitet nach dem bewährten Typenhebelsystem, ist vollelektrisch ausgestattet, hat fünf Dauerfunktionstasten, Setztabulator, linken und rechten Randsteller, ausziehbare Papierstütze und viele weitere zeitsparende Einrichtungen, die der Praxis entgegenkommen. Ausgereifte Konstruktion und hohe Qualität verbürgen die große Leistungsfähigkeit und lange Lebensdauer der Olympia Electric SGE 40.

Olympia

d 834S



Die Olympia Werke, Deutschlands größte Büromaschinenfabrik, haben eine 60-jährige Erfahrung im Bau von schreibenden Büromaschinen. Sie bieten einen umfassenden Kundendienst, Betreuung durch Spezialmechaniker, Arbeitsplatzberatung und die Anleitung der Schreiberinnen.

Olympia

Gut und schnell — rationell

OLYMPIA WERKE AG · WILHELMSHAVEN

das Problem war, wie man nach einer bestimmten Zeit, in der sich die großen Gegebenheiten der deutschen Politik dadurch geändert hatten, daß es auf der sowjetischen Seite nichts mehr gab, was noch unmittelbares Verhandlungsthema sein konnte — wie man angesichts dieser Lage zu einer Neuorientierung für die nächsten Wegstrecken kommen konnte. Unsere Ansicht darüber, wie man sich mit einer solchen Potenz, wie es Adenauer ist, zu befassen hat, diese Ansicht hat sich geändert. Etwas anderes ist, daß Adenauer es nicht fertiggebracht hat, einem Mann wie Schumacher Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, selbst nach dessen Tod nicht. Das spricht nicht für seine moralische Größe.

Ebert

SPIEGEL: Nach unserer Ansicht hat Konrad Adenauer in der Behandlung der SPD keineswegs politische Größe gezeigt. Er hat die Sozialdemokraten doch immer so behandelt und bekämpft, als ob sie Aussätzige wären.

WEHNER: Adenauer, das haben mir die, die ihn kannten, gesagt — der verstorbene Minister Kaiser zum Beispiel — Adenauer kann die Sozialdemokratie nicht verstehen, er bringt allenfalls Verständnis auf für Sozialdemokraten wie Ebert (Reichspräsident von 1919 bis 1925), der tot ist, wohl auch für Noske (Reichswehrminister 1919/20) und vielleicht für Braun (preußischer Ministerpräsident von 1920 bis 1933), die auch beide tot sind, aber dann ist Schluß. Er hat auch in der Weimarer Zeit zu niemandem ein Respektverhältnis gehabt, Respekt hier gemeint als Achtung vor dem politischen Gegner.

SPIEGEL: Und er hat doch wohl in der Sozialdemokratie eine politische Kraft gesehen, die sein Bild von der Gesellschaft zu sprengen droht.

WEHNER: Bei einem so alten Mann und einem Mann dieser Schule, bei einem solchen politischen Urgestein würde es mich wundern, wenn es anders wäre. Er hätte dann eine ganz andere geistige Kapazität sein müssen, nicht bloß eine so genial taktische. Was mich am meisten erbittert hat, ist dies, und das habe ich ihm 1952 in einem Gespräch unter vier Augen auch gesagt: „Sie betreiben diese Verteufelung der Sozialdemokraten ja in Kenntnis der Tatsache, daß die SPD wegen der Spaltung Deutschlands und infolge dessen, was die Kommunisten in der Zone mit den Sozialdemokraten gemacht haben, hier im Westen Deutschlands eine gewisse Grenze des politischen Kampfes nicht überschreiten dürfen."

SPIEGEL: Wie kam es zu diesem Gespräch?

WEHNER: Damals hatte ich auf einem Parteitag — es war der erste, nachdem Schumacher gestorben war — gegen die SED und ihre Einheitsheuchelei gesagt, daß dieselben Kommunisten, die in Deutschland immer von Einheit reden, sich auf dem Felde der Weltpolitik für die deutsche Teilung einsetzen. Zu jener Zeit gab es nämlich eigentüm-

liche Gespräche auf drittem Boden zwischen russischen und französischen Militärs, gab es ein Interview Nennis mit Stalin mit der Tendenz der Aufrechterhaltung der deutschen Teilung. Kurz nach der Rede bekam ich durch einen zu diesem Zweck nach Dortmund geschickten Motorradboten gegen Quittung einen Brief vom Bundeskanzler ausgehändigt. Darin forderte er mich auf, ihm meine Quellen zu nennen und Unterlagen zu schicken. Dann wurde auch noch eine Begegnung verabredet. Aber bereits am nächsten oder übernächsten Tag hat Adenauer überall gewütet, ich hätte das Vertrauen zu den Franzosen und zu Robert Schuman gestört, hätte Brunnenvergiftung betrieben.

SPIEGEL: Und trotzdem gingen Sie zu ihm?

WEHNER: Natürlich. Etwa eine Woche später. Ich sagte ihm: „Sie haben meine Unterlagen bekommen, Sie haben meinen Redetext erhalten, und daraus hätten Sie erkennen müssen, daß unsere Haltung bei allem Kampf gegen Sie und Ihre Politik im Grunde doch einer Loyalitätserklärung zu diesem Staat gleichkommt." Ich habe ausdrücklich hinzugefügt: „Für unseren Kampf gibt es eine Grenze, die wir bei Gefahr unseres politischen Lebens nicht überschreiten dürfen: die Kollaboration mit sowjetzonalen Parteien. Umgekehrt sind Sie in einer ganz anderen Lage. Sie wissen das und können auf uns schlagen wie Sie wollen, weil wir in diesem Topf hier drin sind." Die Sozialdemokraten sind demokratisch. Das ist ihr Schicksal. Ich sage das ohne Fatalismus, aber daraus mußten wir die Schlußfolgerung ziehen: Wie kommen wir ihm anders bei.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler hat diese Zwangslage der SPD zweifellos ausgenutzt, und das ist es wohl, weswegen man ihn einen genialen Taktiker nennen kann, wie Sie es eben getan haben?

WEHNER: Ja. Aber das ist ja auch das Verhängnis aller kommunistischen Politik, daß sie durch den Versuch, von außen her einen Staat aufzuspalten, immer der reaktionären Variante Vorschub leistet.

Ulbricht

SPIEGEL: Siehe die Jahre von 1930 bis 1933.

WEHNER: Es ist in der großen Politik fast immer so gewesen.

SPIEGEL: In diesem Kampf gegen die SPD sieht Adenauer Ulbricht ähnlich.

WEHNER: Ich ziehe keinen Gleichheitsstrich zwischen Ulbricht und Adenauer — wo auch immer.

SPIEGEL: Auch nicht in der Wiedervereinigungsfrage? Der zentrale Punkt der Auseinandersetzung zwischen Ihnen und dem Kanzler war doch immer die Außenpolitik und besonders das Problem der deutschen Einheit.

WEHNER: Solange der Kanzler das bestimmen konnte und solange wir darauf eingegangen sind. Denn ich habe den großen Versuch gemacht — wieweit er gelungen ist, wird sich noch zeigen —, ihm dieses Spielzeug,

DIE ROSEN-STUNDE *von Rhöndorf*

Epoca, die brillante deutsche Farbzeitschrift, bringt jetzt im Oktober-Heft einen farbig fotografierten Exklusiv-Bericht über den prominenten Rosenzüchter von Rhöndorf. Das neue Heft ist wieder reich an Farbe und an wertvollen Reproduktionen! ● Großer Farbbericht: Papst Paul VI. bereitet die römische Kirche auf das Jahr 2000 vor ● Weltraumfahrt: Farbaufnahmen von unserer Erde ● Die farbigen Epoca-Reproduktionen: Jacopo Tintoretto ● Farbige Tierreportage: Auch Walrosse bekommen einen Sonnenbrand ● Erzählung: Der Minister und der Modearzt — von Sommerset Maugham ● Picasso über sein Talent: „Wie ich es sehe" ● Porträt: Kennedys Pressechef Salinger ● Diskussion: Hat uns das Fernsehen versklavt? ● Und noch andere gute Beiträge: Sport, Literatur, Film, Politik, Mode ● Epoca, die vom Süddeutschen Verlag München und von Arnoldo Mondadori Editore Mailand gemeinsam herausgegebene Monatszeitschrift, gibt es überall im Buch- und Zeitschriftenhandel für 2.- DM. Kaufen Sie jetzt das neue Heft, das Oktober-Heft von

EPOCA

Mut haben – zupacken

Mit zielloser Träumerei, mit mutlosem „Wenn" und „Aber" läßt sich nie etwas erreichen – am wenigsten ein eigenes Heim. Im mutigen Beginnen liegt das Geheimnis des Erfolgs. Ihr erster Schritt auf dem Weg zum Eigenheim und Eigentum sollte deshalb der Abschluß eines Bausparvertrages bei einer der 14 »Bausparkassen der Sparkassen« sein. Erst später müssen Sie sich entscheiden, ob Sie ein Haus bauen, kaufen, instandsetzen, entschulden, eine Eigentumswohnung oder ein Fertighaus erwerben wollen. Wichtig ist, daß Sie erst einmal anfangen, denn Bausparer erhalten vom Staat beachtliche Prämien oder Steuerermäßigungen. 12000 Sparkassenstellen in Stadt und Land, viele Beratungsstellen und ein Stab geschulter Mitarbeiter stehen Ihnen mit fachmännischem Rat zur Verfügung. Wenden Sie sich beizeiten an Ihre heimische »Bausparkasse der Sparkassen« in

BADEN und der PFALZ	Badische Landesbausparkasse, Karlsruhe
BAYERN	Bayerische Landesbausparkasse, München
BERLIN	Öffentliche Bausparkasse Berlin
BRAUNSCHWEIG	Öffentliche Bausparkasse Braunschweig
BREMEN	Landesbausparkasse Bremen
HAMBURG	Öffentliche Bausparkasse Hamburg
HESSEN	Landesbausparkasse Hessen, Frankfurt
NIEDERSACHSEN	Landesbausparkasse Niedersachsen, Hannover
OLDENBURG	Öffentliche Bausparkasse Oldenburg-Bremen
RHEINLAND	Bausparkasse der Rheinprovinz, Düsseldorf
SAARLAND	Bausparkasse des Saarlandes, Saarbrücken
SCHLESWIG-HOLSTEIN	Landesbausparkasse Schleswig-Holstein, Kiel
WESTFALEN	Westfälische Landes-Bausparkasse Münster/Westf.
WÜRTTEMBERG	Öffentliche Bausparkasse Württemberg, Stuttgart

BAUSPARKASSEN DER SPARKASSEN

soweit es uns betrifft, ein wenig außer Reichweite zu rücken.

SPIEGEL: Erlauben Sie trotzdem die Frage: Haben Sie von all dem, was Sie in den langen Jahren dieser harten Auseinandersetzung gesagt haben, heute rückblickend irgend etwas zurückzunehmen?

WEHNER: Wenn man das schwarz auf weiß vor sich sieht, würde man sicher Punkte finden, die zurückgenommen werden müßten. Das ist klar. Außerdem käme es auch darauf an, manches erst einmal richtig darzustellen, das von der einen oder anderen Seite in der Polemik unrichtig behauptet worden ist. Zum Beispiel: Die Sozialdemokraten hätten sich erst spät zu der Europa-Politik bequemt. Das ist ganz falsch, aber man redet gegen Wände. Es gibt niemanden, der sich dafür interessiert, nicht einmal Journalisten. Das wird man in 30 Jahren einmal machen, wenn die jetzigen Journalisten selber alt geworden sind und glauben, sie müßten ein neues Betätigungsfeld haben.

SPIEGEL: Aber es gab doch tatsächlich einen unüberwindlichen Gegensatz zwischen europäischer Integration und Wiedervereinigung.

Brentano

WEHNER: Ich weiß jedenfalls, daß wir von Anfang an die sehr pointierten Behauptungen etwa des Herrn von Brentano, als er noch gar nicht Außenminister war, bestritten haben, wir wollten nicht in den Europarat, nur weil wir meinten, die Wiedervereinigung sei alles. Ich habe damals mit der Billigung der ganzen Fraktion den Versuch gemacht, zu erklären, daß wir einen solchen Gegensatz nicht wollten, sondern nur das richtige Verhältnis der beiden notwendigen Bemühungen zueinander.

SPIEGEL: Nun kann man kaum übersehen, daß die SPD mit ihren Warnungen vor den Folgen der Adenauerschen Außenpolitik in bezug auf die Wiedervereinigung recht behalten hat. Wir haben allerdings den Eindruck, daß die SPD ihrer Sache selber nicht mehr so ganz sicher ist.

WEHNER: Wieso?

SPIEGEL: Sie haben kürzlich geschrieben, es sei heute nicht mehr zu ergründen, was die Sowjets in den Jahren 1952 bis 1955 wirklich gewollt hätten. Aber damals ist die Sozialdemokratie ganz offensichtlich davon ausgegangen, daß eine Chance bestand, mit den Russen zu einer Verständigung über die deutsche Frage zu kommen. Haben sich Ihre Auffassungen geändert?

WEHNER: Nein, aber ich möchte zunächst einmal, wenn Sie das erlauben, Ihre Frage ändern, da wir — ich kann allerdings nicht für alle Sozialdemokraten sprechen — nie der Meinung waren, die Russen würden uns eine Chance geben, dagegen aber damals der Meinung waren, man müsse unter allen Umständen prüfen, was die Vorschläge der Russen am Verhandlungstisch schließlich und endlich wert sind. Ich glaube auch heute noch, daß es solche

Möglichkeiten der Prüfung gab, die nicht ausgelotet worden sind. Nur, ob man das heute mehr oder weniger interessant belegt — es ändert nichts an der gegenwärtigen sowjetischen Position. Das hat mich auch 1960, in meiner Bundestagsrede vom 30. Juni, bewegt ...

SPIEGEL: Wir erinnern uns nicht nur an diese Rede, sondern auch an eine frühere Szene, als Sie dem damaligen außenpolitischen Sprecher der CDU im Bundestag, Kiesinger, zuriefen ...

WEHNER: ... „Es wird schrecklich werden, wenn Sie auf Ihren Verträgen, auf dem Deutschlandvertrag und dem Nato-Vertrag, sitzenbleiben." Und es war auch schrecklich für alle, meine ich. Er hat mir das damals sehr übelgenommen.

SPIEGEL: 1960 haben Sie dann einen Schlußstrich gezogen?

WEHNER: Es kam darauf an, eine sozusagen abgeschlossene Etappe zu beurteilen und zu sehen: Wie kommen wir jetzt weiter? Denn wir haben es jetzt mit einer Lage zu tun, in der die Welt sagt und vielleicht noch lange sagen wird: Laßt uns erst einmal festhalten, was heute ist, nämlich ein mehrfach aufgespaltenes Deutschland. Ich habe immer gefürchtet, daß diese Lage eintreten würde, in der die Russen das tun, was zu ihrem kommunistischen Vorstellungsbereich gehört, daß eben ein Land oder ein Landesteil, der eine bestimmte Entwicklung nach ihrer Doktrin durchgemacht hat, nicht wieder aufgegeben werden darf.

SPIEGEL: Sie stimmen also nicht der weit verbreiteten These zu, daß die Sowjets diese gesellschaftlichen Veränderungen in der Zone von Anfang an mit der Absicht betrieben haben, sie unter keinen Umständen wieder rückgängig zu machen?

WEHNER: Bis zum Jahre 1954, ich glaube sogar 1955, haben sie mindestens jeweils bei dem Telegrammaustausch am Jahrestag der Gründung der sogenannten DDR immer auf ganz Deutschland abgehoben und haben sogar parteioffizielle Auffassungen der SED korrigiert, daß die DDR schon eine Volksdemokratie sei; die Sowjets haben lange Zeit in ihrer schwer begreiflichen dogmatischen Sprechweise die DDR als einen Staat antifaschistisch-demokratischer Ordnung besonderer Art hingestellt. Das darf man nicht alles vergessen.

SPIEGEL: Wie dem auch sei; heute steht fest, daß die Russen ihre frühere Drohung, die Bonner Politik mache die Wiedervereinigung unmöglich, rücksichtslos wahrmachen. Moskau verweist uns auf den Weg einer Konföderation, auf den Weg einer Verständigung der beiden deutschen Staaten untereinander. Ist dieser Weg gangbar?

WEHNER: Der Begriff der Konföderation ist von Ulbricht so eindeutig diskriminiert worden, daß es erheblicher Änderungen auf der anderen Seite bedürfte, ehe man sich damit befassen könnte.

SPIEGEL: Welcher Änderungen?

WEHNER: Mindestens genauso deutlich, wie in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking der Begriff „Koexistenz" definiert worden ist, müßte der Begriff Konföderation definiert werden. Es gibt keine Wiedervereinigung unter Hammer und Sichel. Gegenwärtig haben wir nichts anderes als eine sehr

Kunst des Gestaltens

Das Können eines berühmten Karosserie-Schöpfers hat mit demjenigen des Designers der Universal-Genève vieles gemeinsam. Beide trachten danach, die Modeströmungen von morgen und somit die Geschmackstendenz des Publikums zu beeinflussen. Das zu erreichen, ist das Bestreben eines grossen Künstlers.
Universal-Genève kommt das Verdienst zu, die Uhrenmode massgeblich beeinflusst zu haben. Exklusive Modelle, in der fabrikeigenen «Styling»-Abteilung entworfen und in begrenzter Anzahl hergestellt, werden mit Werken höchster Präzision ausgestattet. Sie sind der Stolz einer Elite in weit über 100 Ländern.
Wer eine Universal-Genève trägt, zeugt von Sicherheit und Originalität im Geschmack.

• Ref. 182 10/5 CT,
Gold 18 kt. mit Goldband ultra-flach. ab DM 1.995,–

•• Ref. 182 01/1,
Gold 18 kt. ultra-flach, DM 740,– (empfohlene Richtpreise)

UNIVERSAL
GENÈVE

Grand Prix «Création» der Stadt Genf

Bezugsquellen durch Uhrenagentur GmbH, Essen, Lindenallee 45

**Geh' Mutti laß' die Töpfe steh'n,
ich kann Dich nicht mehr werkeln seh'n.
Ich führe Dich jetzt prächtig aus,
zum Wienerwald*, zum Hendlschmaus.**

***In mehr als 70 Städten in der Bundesrepublik und West-Berlin, in Österreich und Benelux gibt es über 130 WIENERWALD-Brathendlstationen.**

Beliebte Spezialitäten sind: knusprige Hendl, frisch vom Spieß, saftige WIENERWALD-Schnitzel und gepflegte Weine.

Für die Gastlichkeit zu Hause — für Party, Picknick und Reise: goldbraune Hendl in der Warmhaltepackung und köstliche Weine aus dem Sonderangebot.

Gaststätten zum

Wienerwald

Dieses Symbol
bedeutet Qualität — ist Symbol für freundliche Gastlichkeit.

verhärtete Situation, die indes nicht endgültig zu sein braucht.

SPIEGEL: Wo sehen Sie Grund zu der Annahme, daß die Situation sich verändern könnte? In dem Konflikt zwischen Moskau und Peking?

WEHNER: Ich bin sehr skeptisch hinsichtlich der Frage, ob die gegenwärtige sowjetische Führung infolge dieses Konflikts ihre eigene Politik gegenüber dem Westen, speziell in der deutschen Frage, modifizieren wird. Ich halte das nicht für zwangsläufig. Im Unterschied zu manchen Vorstellungen auch Adenauers befürchte ich sogar, daß für die nächste oder übernächste Runde dieser innerkommunistischen Auseinandersetzung Moskau nichts — auch nicht die Sowjetzone — preisgeben wird. Und zwar deswegen, weil Moskau in der Rolle als Gralshüter des Leninismus es sich gerade angesichts der Kritik aus Peking nicht leisten kann, irgendwo auf Positionen des Kommunismus zu verzichten.

SPIEGEL: Also zuerst einmal eine Verhärtung. Aber Sie sprachen von der ersten und zweiten Runde. Da taucht die Frage nach der dritten Runde auf.

WEHNER: Dies sind Auseinandersetzungen, die man früher im kommunistischen Herrschaftsbereich mit den Mitteln des Terrors gelöst hat, zum Beispiel gegen die Trotzkisten und die anderen Rechts- oder Linksabweichler. Der Riesenunterschied heute ist natürlich, daß man es ja mit einer ganzen Reihe von kommunistisch regierten Ländern zu tun hat, daß es also zugleich ein Konflikt über die Politik der Zentralmacht gegenüber den anderen kommunistisch regierten Staaten ist, außerdem noch ein Konflikt über die Politik des Gesamtblocks gegenüber der übrigen Welt und nicht nur ein Konflikt innerhalb der internationalen Partei. Dies schließt die Möglichkeit großer Veränderungen ein, und niemand weiß heute, welche Form die Auseinandersetzung im Führungsland selber annehmen wird. Ich glaube nicht, daß man einen so großen Teil der Welt auf die Dauer zentralistisch lenken kann, zumal, wenn man immerhin der Form nach sagt, das Recht auf den eigenen Weg sei gegeben.

Trotzki

SPIEGEL: Gilt das auch für die DDR?

WEHNER: Auf die Dauer gesehen wahrscheinlich. Für die Gegenwart gilt zumindest, daß es bestimmte Realitäten gibt, um die auch die andere Seite nicht herumkommen kann und die im west-östlichen Stärkeverhältnis begründet sind. Betrachten Sie die Geschichte des Berlin-Konflikts. Angefangen mit der Note vom November 1958 und der dazugehörigen Note vom Januar 1959 bis zu jenem Höhepunkt der nicht öffentlich gehaltenen Rede Ulbricht vor den Funktionären der Berliner Einheitspartei. Da hat er, als man ihn darauf hinwies, daß eine Änderung des Status Westberlins zum Konflikt führen werde, geantwortet: Besser der Konflikt, als daß es so weitergeht wie jetzt. Inzwischen haben sich die Dinge doch etwas geändert, und man hat nicht den Eindruck, daß der Osten auf einen schweren Konflikt aus ist.

SPIEGEL: Sie sehen also in Abmachungen wie dem Abkommen über den Atomversuchsstopp keine geologische Verschiebung der Weltpolitik?

WEHNER: Das sehe ich noch nicht. Aber ich will damit das Abkommen in seinem Eigenwert nicht unterschätzen oder reduzieren. Wenn darin auch nur die Chance liegt, daß die Zahl der Atommächte nicht vergrößert wird, dann hat das einen Eigenwert genauso, wie daß die Verseuchung der Luft aufhört.

SPIEGEL: Und was halten Sie von der Fortsetzung dieser Entspannungsversuche, also von den Gesprächen über eine Rüstungsbegrenzung und eine militärische Kontrollzone?

WEHNER: Wir haben schon früher, auch unseren Freunden von der Labour-Partei, gesagt: Solche Schritte täten gut für uns alle, wenn sie auch zunächst die deutsche Frage nicht lösen. Für weitere Stadien bleibt dann sicher die Notwendigkeit, aber auch die Chance, unter günstigeren Voraussetzungen die deutsche Frage anzubringen. Es muß nicht jeder Schritt mit dem ganzen Gewicht der ganzen deutschen Frage behängt sein. Die Bundesrepublik kann es sich nicht leisten, den Eindruck zu erwecken, als sei sie desinteressiert oder sogar dagegen, aber wir dürfen keine übermäßigen Erwartungen hinsichtlich einer Lösung der Deutschland-Frage daran knüpfen. Doch hätten wir solche Erwartungen noch tiefer zu schrauben, wenn wir neben de Gaulle, neben China und Albanien sagen würden: Es interessiert uns nicht, wir unterzeichnen nicht.

SPIEGEL: Sie haben einmal verlangt, daß Bonn die SED mit der westdeutschen Wiedervereinigungsbereitschaft konfrontieren müsse. Wie anders könnte das geschehen, als daß man mit den Kommunisten verhandelt oder wenigstens spricht und ihnen konkrete Vorschläge macht?

WEHNER: Ich bin für eine konkrete Auseinandersetzung. Wir müssen die sowjetzonale Einheitspartei dauernd ansprechen und sie vor der gesamten Öffentlichkeit verantwortlich machen für das, was mit der Bevölkerung in der Sowjetzone geschieht oder nicht geschieht. Wenn man die Mauer nicht durchbrechen kann, so muß man sie zu umgehen versuchen, und man muß sich bemühen, der Bevölkerung drüben eine gewisse Kraft zu geben.

SPIEGEL: Könnte das nicht am besten in einem gesamtdeutschen Gremium geschehen? Würden nicht technische Kontakte vielleicht das Leben der Bevölkerung in der Zone erleichtern und eine Politik der Wiedervereinigung vorbereiten können?

WEHNER: Nicht zwangsläufig. Ich würde darin aber etwas sehen, was sich bei einer Veränderung der politischen Großwetterlage günstig auswirken könnte. Daraus ergibt sich, daß alles das, was möglich ist, getan werden sollte, mit anderen Worten: Es muß mehr getan werden als das, was man zur Zeit im offiziellen Bonn für möglich hält.

SPIEGEL: Das offizielle Bonn zeigt gegenwärtig kein einheitliches Gesicht. Aber es überwiegt wohl immer noch bei weitem die Auffassung, daß man Kontakte mit der anderen Seite vermeiden müßte. Glauben Sie, daß der Kanzlerwechsel daran etwas ändern wird?

WEHNER: Die CDU ist in dieser Frage in einem für sie wahrscheinlich sehr schmerzlichen Prozeß, den man

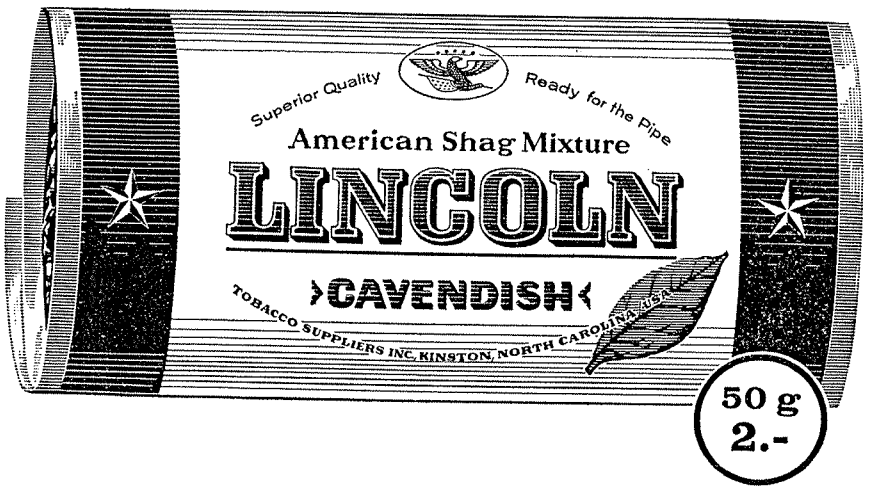
Der Mann, der Lincoln raucht

Sie kennen ihn, denn er ist überall dabei. Eine feste Freundschaft verbindet ihn mit Lincoln und mit seiner Tabakspfeife. Er weiß, warum er Pfeife raucht.

Er weiß, warum er Lincoln raucht

* Lincoln brennt in der Pfeife und nicht auf der Zunge
* Lincoln ist mild, aromatisch und bekömmlich
* Lincoln, das ist ungetrübter Rauchgenuß

3/816



Sie reisen viel geschäftlich? Nach USA, Kanada, Mexiko? Nach Afrika und Nah-Ost? In Europa, nach Osteuropa? Bei SABENA sind Sie immer in guten Händen! Fragen Sie Ihr IATA-Flugreisebüro. Es berät Sie gern.

Geschäftsreisen mit SABENA* immer mehr ›en vogue‹

SABENA
BELGIAN World AIRLINES

*40 JAHRE ERFAHRUNG

ihr nicht abnehmen oder ersparen kann. Ein Teil fürchtet, Reputation und Anziehungskraft der CDU würden erheblichen Schaden nehmen, wenn man zugeben müßte, daß man neue Ansätze braucht. Der andere Teil wird in zunehmendem Maße unsicher und fragt sich, ob man sich in diesem amputierten Deutschland auf Dauer einrichten muß. Denken Sie nur an manches, was da ab und zu an Blasen aus der bayrischen CSU hochkommt.

SPIEGEL: Sie meinen einen neuen, bundesrepublikanisch verengten Nationalismus?

WEHNER: Ich meine ein mit allem Schmuck eines unversöhnlichen Antikommunismus ausgestattetes Verhalten, das in Wirklichkeit einen Verzicht auf die Auseinandersetzung um Deutschland bedeutet. Ein Verhalten des genügsamen Sich-Einrichtens im freien Teil Deutschlands. Da gibt es ja ein schreckliches Wort aus der Sprache des Krieges: Frontbegradigung, das in der kritischen Zeit des Druckes auf Berlin sozusagen von hinten in die Debatte hineingebracht wurde. Aber eine Partei, die es fertigbrachte, Verträge ...

SPIEGEL: ... Sie meinen die deutsch-alliierten Verträge? ...

WEHNER: ... diese Verträge, die an und für sich unvermeidlich waren, dadurch schmackhaft zu machen, daß sie erklärte, die Russen würden eines Tages schon kommen — eine Partei, die, als es russische diplomatische Manöver gab, sogar erklärte: dann werden die Sowjets uns in einem Jahr noch viel mehr bieten —, eine Partei, die sich so geirrt hat, die sollte genau wie wir in sich gehen und bereit sein zu einer gemeinsamen Überlegung, wie wir aus dieser Sackgasse mit den Mitteln der Politik wieder herauskommen können und nicht mit dem untauglichen und törichten Versuch, den Eindruck zu erwecken, es gäbe auch andere Mittel als die Politik. Die deutsche Sache darf wegen des Prestiges einer Partei, die sich in wichtigen Lebensfragen häufig so verhalten hat, als verkörpere sie allein das Ganze, nicht weiteren Schaden nehmen. Hier muß miteinander und nicht gegeneinander gearbeitet werden. Das ist unsere nächste Aufgabe.

SPIEGEL: Und damit sind wir wieder bei Ihrer inzwischen berühmt gewordenen Rede vom 30. Juni 1960 und bei der Frage, ob eine gemeinsame Außenpolitik der großen Parteien in der Bundesrepublik möglich und zweckmäßig ist.

WEHNER: Sie ist auf jeden Fall notwendig. Ob sie unter Erhard möglich ist, muß sich zeigen.

SPIEGEL: Gewiß ist Erhard kein Mann der großen Koalition, wie sie von Ihnen bei der Staatskrise im vergangenen Herbst doch anvisiert worden war.

WEHNER: Nein, das hat er ja auch gesagt. Aber außerdem hat er gesagt, er wolle ein anderes Klima zwischen den Regierungsparteien und der parlamentarischen Opposition schaffen.

SPIEGEL: Aber Ihnen kam es doch vor allem auf die große Koalition an?

WEHNER: Ich wollte eine große Koalition auf Zeit. In dieser Zeit sollte einmal die Kontinuität der demokratischen Ordnung gewährleistet werden. Zum anderen sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Lebensfragen der inneren und äußeren deutschen Politik, die sonst im Gegenein-

ander noch lange schwer diskutierbar bleiben würden, gelöst werden können.

SPIEGEL: Sie sind sicher, daß es Ihre Gesprächspartner von der CDU und von der CSU, also Minister Lücke und Herr zu Guttenberg, ernst meinten?

WEHNER: Ich konnte diese Gespräche als einen ernsthaften Versuch werten, weil mir erklärt wurde, daß eine Reihe von Mitgliedern des Kabinetts, die der CDU angehörten, nicht wieder an einer Regierung teilnehmen wollten, an der Strauß beteiligt sein würde.

SPIEGEL: Der Fall Strauß war für Sie demnach nicht nur ein taktischer Vorwand, um die SPD in die Regierung zu bringen?

WEHNER: Die damalige Krise war das Resultat des Versuchs von Strauß, im Sog der Kuba-Krise — von deren Entwicklung er durchaus andere Vorstellungen hatte, als die Dinge dann infolge der Standhaftigkeit der amerikanischen Regierung tatsächlich abliefen — ganz entscheidende innenpolitische Veränderungen in Richtung auf eine Okkupation der Staatsmacht auf Dauer zustande zu bringen. Jedenfalls habe ich es so gesehen und sehe es auch heute nicht anders.

Strauß

SPIEGEL: Und dafür waren Sie bereit, das Mehrheitswahlrecht zu akzeptieren?

WEHNER: Die Frage des Mehrheitswahlrechts wurde nicht von mir, sondern von der anderen Seite aufgeworfen. Ich würde es für konsequent halten, wenn sich die SPD dazu durchringen könnte, mit einem Mehrheitswahlrecht nach englischem Vorbild eine strukturelle Reform des Parlaments zu fördern, die Parteienverkrampfung zu lockern und dem Wähler eine Chance zu geben, durch seine Stimmabgabe unmittelbar entscheiden zu können, wer regiert, so daß er nicht mehr wie in einer Lotterie abwarten muß, was die Gewählten nun zustande bringen. Aber zur Zeit ist dies alles ja nicht aktuell, auch aus dem Grunde, weil die CDU/CSU die Frage des Wahlrechts jetzt anders sieht als vorher.

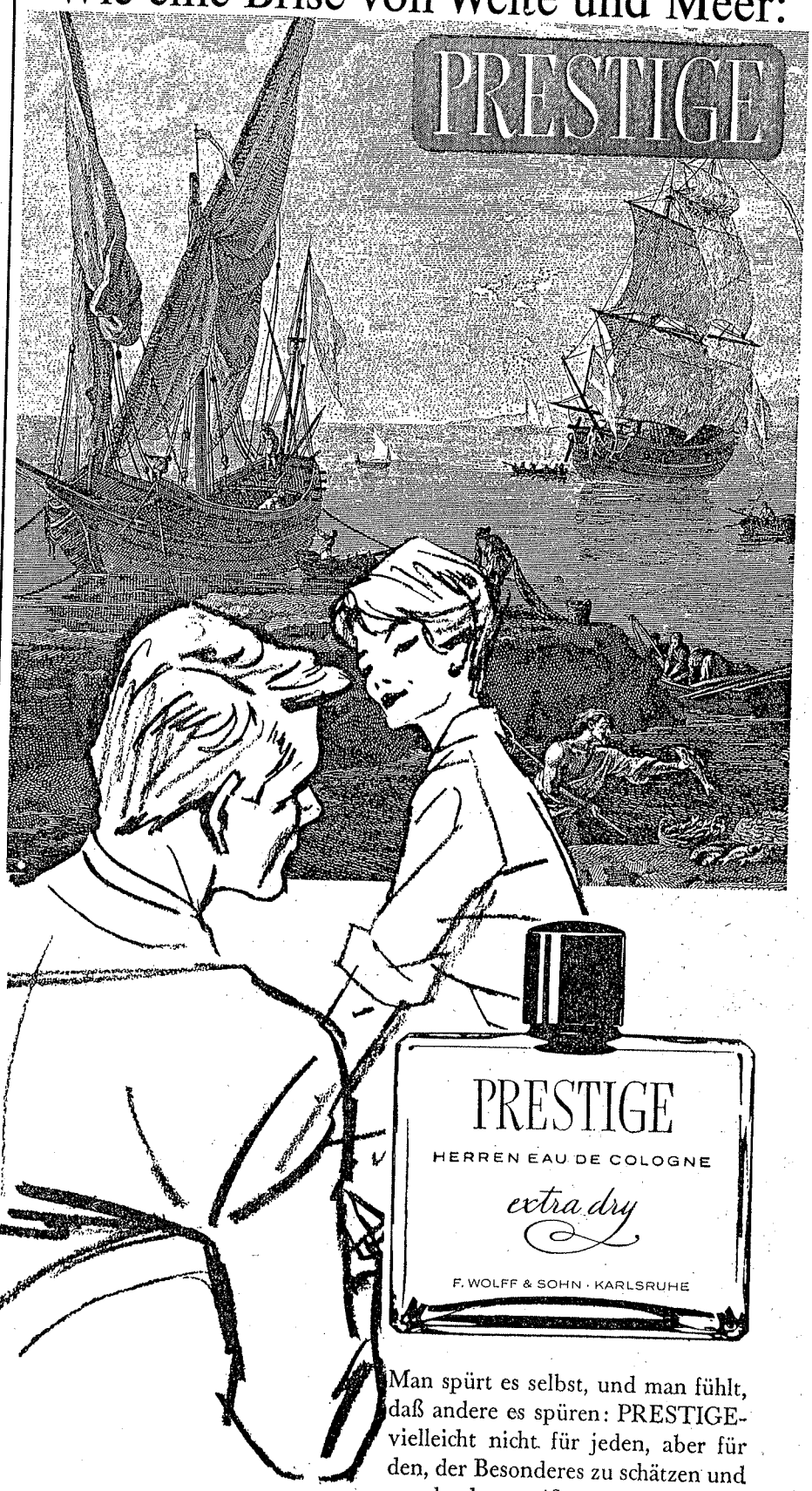
SPIEGEL: Sie kann ja auch kaum ihrem Koalitionspartner, der FDP, den Todesstoß versetzen.

WEHNER: Auch ich will mit dem Wahlrecht keine Partei erdrosseln. Die Einführung des Mehrheitswahlrechts müßte ohnehin eine langfristige Operation sein. Es gäbe vieles, was vorher geschaffen werden muß, eine Neuaufteilung der Wahlkreise sowie eine Änderung des innenpolitischen Klimas in dem Sinne, daß nicht die Mehrheit ständig die Minderheit zu vergewaltigen sucht.

SPIEGEL: Immerhin könnte die FDP auch einmal Koalitionspartner der Sozialdemokraten werden.

WEHNER: Die Freien Demokraten haben kürzlich gesagt — ob sie dabei bleiben werden oder ob es nur für Landage gilt, weiß ich natürlich nicht —, daß sie mit dem Stärkeren gehen würden. Aber unabhängig davon, was FDP oder CDU sagen, gibt es für die SPD nichts anderes, als sich ernsthaft zu bemühen, die stärkste Partei zu werden, weil sie

Wie eine Brise von Weite und Meer:



Man spürt es selbst, und man fühlt, daß andere es spüren: PRESTIGE-vielleicht nicht für jeden, aber für den, der Besonderes zu schätzen und zu schenken weiß.

Eau de Cologne ab 5.75, Seife 3.75, Rasier Creme 3.–, Rasier Lotion 7.75, Deodorant 7.75, Haartonic ab 4.75.

WS 312-63 P

F. Wolff & Sohn · Karlsruhe

Unter dem Markennamen EXCLUSIV auch in Österreich und Benelux erhältlich.

RONSON®

TR 74 Tisch-Gasfeuerzeug Transparent „Rauchtopas" DM 45,—

AVF 70 Tisch-Gasfeuerzeug Astra Palisandersockel DM 55,—

QVF 11 Tisch-Gasfeuerzeug Queen Anne silberplattiert DM 75,—

Weltbekannt

RONSON-Gasfeuerzeuge! In 120 Ländern der Erde bekannt: Formschön und zuverlässig. Mit verstellbarer Flammhöhe. Brennt reines Butan-Gas. In Sekunden für Monate gefüllt. RONSON-Tischfeuerzeuge — Geschenke von Wert.

NV 71 Tisch-Gasfeuerzeug Norseman Teakholz DM 60,—

Wer die Welt kennt, hat RONSON®

sonst Spielball zwischen den Parteien bleiben wird.

SPIEGEL: Und um die Mehrheit im Bundestag zu erreichen, dafür mußte erst einmal die Zwangsvorstellung zu Fall gebracht werden, wonach die SPD in Deutschland nicht regierungsfähig sei? Das hat doch sicher auch zu Ihren Absichten gehört?

WEHNER: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, wenn man unter dem Strich zusammenrechnet, was von dem Versuch geblieben ist, so gehört dazu auch die Tatsache, daß niemand mehr behaupten kann, die Sozialdemokratie könne keine Regierungspartei sein.

SPIEGEL: Und dazu gehört auch die Umarmungstaktik, also der Versuch, die Gegensätze zwischen SPD und CDU zu verwischen?

WEHNER: Ich habe das Wort nie verwendet. Die andere Seite hat es benutzt, um unsere Bemühungen um eine gemeinsame Politik in den Lebensfragen der Nation in den Augen unserer Anhänger zu disqualifizieren. Ich überlege mir sehr, wen ich umarme; darin bin ich eigen.

SPIEGEL: Gegen die von Ihnen vorgetragene Politik der Gemeinsamkeit gibt es schwerwiegende Einwände, so den, daß die SPD die Rolle der Opposition langsam aufgibt.

WEHNER: Wenn es unvermeidlich ist — und zwar aus Gründen, die in der Spaltung Deutschlands und in der Anwesenheit der sowjetischen Kräfte auf deutschem Boden liegen —, in den Fragen der großen Politik das Höchstmaß von Übereinstimmung anzustreben, so heißt das nicht, daß die Opposition dabei ihre eigentliche Aufgabe versäumen muß. Sie ist es ja im übrigen, die um diese Übereinstimmung kämpft, während die anderen das Parteiinteresse über das der Nation stellen und lieber eine SPD haben wollen, über die man den Bürgern sagen kann: Sie mag sonst ganz gut sein, aber in diesen entscheidenden politischen Fragen ist sie schlecht. Gemeinsamkeit, das ist eine Forderung und nicht eine Anpassung.

SPIEGEL: Aber es sieht nach Anpassung aus, und man hat das Gefühl, daß der Wunsch nach außenpolitischer Gemeinsamkeit auch auf die Innenpolitik abfärbt.

WEHNER: Sie werden schon bei den Auseinandersetzungen um den Bundeshaushaltsplan 1964 sehen, wie der Streit um die konkreten Dinge entbrennen wird: um die Gemeinschaftsaufgaben in der Ausbildung, in der Gesundheitsvorsorge, in der Verwirklichung der Verpflichtungen den Alten gegenüber, deren Anteil an der Bevölkerung in großem Tempo zunehmen wird, Streit auf dem Gebiet des Verkehrs und des Städtebaus und so weiter.

SPIEGEL: In einigen großen innenpolitischen Fragen, wie etwa dem Notstandsrecht, streben Sie aber doch auch Gemeinsamkeit an.

WEHNER: Dafür habe ich mich auch verprügeln lassen. Aber ich stehe dazu. Andererseits verstehe ich auch jene, vorwiegend aus dem gewerkschaftlichen Lager kommenden Einwände, die befürchten, daß mit Hilfe des Notstandsgesetzes Arbeitskämpfe gebrochen werden sollen. Es gibt Anzeichen, die darauf hindeuten, daß der Arbeitskampf auch für den jetzigen Bundesminister des Inneren noch lange

kein legitimer Bestandteil unseres demokratischen Lebens ist, womit ich gar nicht sagen will, daß fortgesetzt Arbeitskampf sein muß.

SPIEGEL: Gerade nach den jüngsten Vorkommnissen um den Verfassungsschutz muß man zweifeln, ob mit der CDU überhaupt ein vernünftiges Notstandsgesetz ausgehandelt werden kann.

WEHNER: Ich bin für ein Notstandsrecht, das die demokratische Staatsordnung auch in Zeiten gewährleistet, in denen es unvermeidlich ist, gewisse parlamentarische Vorgänge zu komprimieren, auf einen kleinen Teil des Parlaments zusammenzudrängen. Dabei dürfen aber nicht die Gewichte im Parlament verschoben und auch die Länder nicht ausgeschaltet werden. Das ist alles technisch und gesetzlich möglich. Solange die Regierung allerdings das Ziel verfolgt, die Bürger bei der Sicherung der Demokratie auszuschalten, solange wird es keine Regelung geben.

SPIEGEL: Fraglich bleibt auf jeden Fall, wieweit die positive Einstellung der SPD zum Staat und zur Gesellschaft die Sozialdemokraten daran hindert, ihre eigentlichen Ziele zu verfolgen, nämlich die Veränderung der gesellschaftlichen Struktur und die Überwindung der Ungerechtigkeiten auf dem Gebiet der Vermögensbildung.

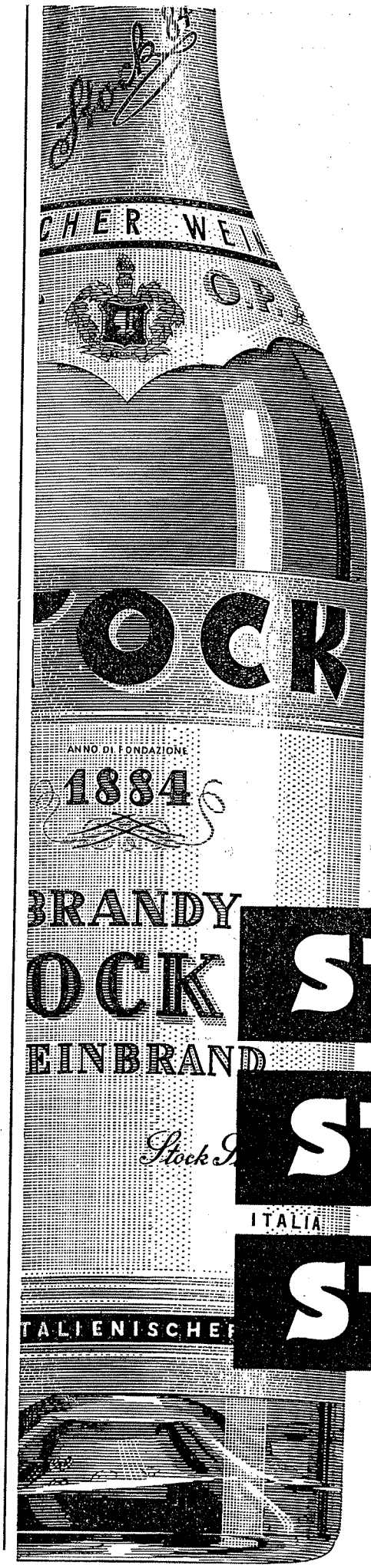
WEHNER: Das werden wir sehen. Wir sind für die Demokratie und nicht für eine Revolution. Wir werden nicht nur die Sozialreform zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzung machen, sondern auch die Frage der Einkommensstreuung und Vermögensverteilung. Wir werden unseren eigenen Vorschlag vom Jahre 1960, der eine Nationalstiftung und die Schaffung einer Volksaktie zum Inhalt hatte, einer gründlichen Revision unterziehen. Das alles muß neu geprüft werden, wobei der Grundgedanke bleiben wird, daß ein Teil des Gewinns für die Vermögensbildung derjenigen verwandt wird, die es bei ihrem bisherigen Einkommen nicht können, in Übereinstimmung mit der interessanten Denkschrift „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung", die vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgelegt worden ist.

SPIEGEL: Wie soll das geschehen?

WEHNER: Es wäre eine Studie wert, und ich würde gerne dabei mitmachen, vorurteilsfrei zu untersuchen, was zur Eigentumsbildung bei den Arbeitnehmern verwandt werden könnte, wenn man auch einen Teil der beträchtlichen Sozialleistungen heranziehen könnte, die jetzt hier und da und je nach Betriebsumfang und Betriebsvermögen ausgegeben werden. Das könnte ein Flüßchen sein in einen größeren Strom hinein.

SPIEGEL: Sie haben vorhin das Schlagwort von der Restauration abgelehnt. Aber Sie sind offenbar der Auffassung, daß die in der Bundesrepublik wiederhergestellte bürgerliche Ordnung nicht das letzte Wort sein soll.

WEHNER: Ich bestreite, daß das eine bürgerliche Ordnung ist. Es ist leider eine Ordnung mit gar nicht bürgerlichem Schwergewicht. Die Bevorzugung der Sachwertbesitzer, genauer gesagt, der Verzicht darauf, sie in entsprechender Weise zu besteuern oder sonstwie heranzuziehen, hat große Un-



018/85 SS 4

Aus Italien

Dieser Weinbrand machte STOCK weltberühmt

STOCK Brandy 84:
Italiens großer Weinbrand V.V.S.O.P.
Gebrannt ausschließlich aus naturreinem Wein. Im Faß gelagert mindestens fünf volle Jahre.
STOCK Brandy 84:
voller, vitaler Weinbrandgeschmack.
1/1 Fl. DM 16,50 (Empf. Verk.-Pr.)
Importeur:
Distilleria STOCK Import GmbH, München 9

STOCK
STOCK
STOCK

STOCK
ist einer der größten Spirituosenhersteller der Welt

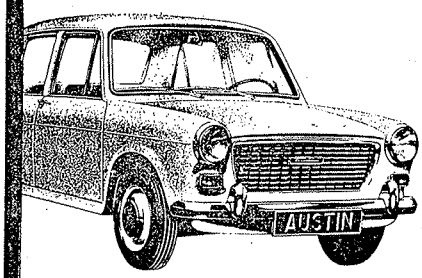
Wenn nicht nur Ihre Frau, sondern auch Sie bei der Wahl eines Autos bestimmen, dann sollten die Punkte den Ausschlag geben:

Preis DM 6998,–

mit Wasserfederung

mit Scheibenbremsen

mit Vorderradantrieb



Austin 1100

Informationen, Händlernachweis
A. BRÜGGEMANN + Co GmbH
Düsseldorf, Harffstraße 53, Telefon 7 81 81 · Heidelberg, Hebelstraße 12, Telefon 2 09 06

gleichheiten und damit Ungerechtigkeiten geschaffen.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie die Dauerhaftigkeit der Prosperität in Deutschland, von der doch die innere Stabilität abhängt?

WEHNER: Ich will eine ganz unkonventionelle Antwort geben, etwas, das zunächst ganz absurd erscheinen mag. Kurz nach dem Kriege hatte Stalin dem Politökonomen Varga eine Reihe von Fragen vorgelegt, die langfristige Entwicklungen betrafen. In seiner Antwort hat Varga dann etwas gesagt, was dazu führte, daß ein Teil dessen, was Stalin gern die Axiome der kommunistischen Weltbetrachtung und Strategie nannte, einfach zu den Akten gelegt werden mußte. Nämlich erstens: Es werde nach diesem Krieg keine Wirtschaftskrise von der Art geben, wie wir sie nach dem ersten Krieg erlebt haben. Zweitens: Es werde keinen Krieg zwischen großen imperialistischen Staaten untereinander mehr geben. Drittens: Es werde eine große Veränderung im Verhältnis der imperialistischen Staaten zu den Kolonialvölkern kommen. Das war noch vor der Freigabe Indiens durch Großbritannien.

SPIEGEL: Ein sehr weitsichtiger Mann, dieser Varga.

WEHNER: Ja, und schließlich: Der britisch-amerikanische Gegensatz, der — ich habe nie begriffen, warum — in der kommunistischen Weltbetrachtung immer die entscheidende Rolle spielte, dieser Gegensatz sei vorbei. Das waren also vier Axiome, die beiseite gelegt werden mußten — eine schwere Korrektur; denn für die Kommunisten war dies das Zeitalter des Imperialismus, das Zeitalter der Krisen, der Kriege und der daraus resultierenden Revolutionen.

SPIEGEL: Soweit wir uns erinnern, hat Varga wegen dieser Prophezeiungen erhebliche Schwierigkeiten gehabt.

WEHNER: Das ist richtig. Er fiel unter die Füße aller zünftigen Leute dort, aber offensichtlich hat Chruschtschow sich darüber seine Gedanken gemacht. Machen Sie einen großen Sprung weiter und denken Sie an die Auseinandersetzungen unserer Tage über die schriftgerechte Auslegung der Leninschen Vorstellung von Koexistenz zwischen Staaten und Weltteilen ganz verschiedener Struktur und Ordnung, so gibt es zweifellos einige Grundweisheiten der Gegenseite, die aufgegeben worden sind, was natürlich nicht heißt, daß die Kommunisten ihre Zielvorstellung aufgegeben haben. Sie versuchen, mit den neuen Gegebenheiten fertigzuwerden.

Stalin

SPIEGEL: Und auch Sie vertrauen auf Varga?

WEHNER: Ich will mir bei ihm nicht die Zuversicht holen, es könne keine Wirtschaftskrise mehr geben. Ich habe gerade vor ein paar Wochen an einer intimen Beratung über die Auswirkungen der Automation in Amerika teilgenommen, und so weiß ich: Wir kommen noch in ganz schwierige Fahrwasser hinein. Andererseits glaube ich, daß die moderne Wirtschaftswissenschaft nach Keynes auch die Instrumente hat...

SPIEGEL: ... Krisen manipulierbar zu machen. Aber das setzt doch voraus, daß man sich dieser Instrumente auch bedienen will, wovon bei Erhard kaum eine Rede sein kann.

WEHNER: Gewiß. Wir haben bis jetzt eine Regierung, die, ich will es einmal etwas überspitzt sagen, in den entscheidenden Augenblicken so wirkt, als sei sie nichts anderes als die gouvernementale Spitze des Bundesverbandes der Industrie. Das kann, sicher nicht über Nacht, aber doch langsam anders werden. Der künftige Regierungschef hat gesagt, er wolle immer das Allgemeinwohl im Auge behalten. Wenn das auch ein ziemlich dehnbares Wort ist, so nehmen wir ihn erst einmal bei diesem Wort, sobald er nun der für die Richtlinien der Politik Verantwortliche und nicht nur der für Maßhaltereden Zuständige ist.

Erhard

SPIEGEL: Die Frage ist allerdings, ob das im Vergleich zur Weimarer Zeit erkennbar größere soziale Gewissen der Unternehmer eine prinzipielle Veränderung bedeutet oder nur taktischer Natur ist.

WEHNER: Ich glaube nicht, daß dies nur ein rein taktisches Verhalten ist. Es ist auch eine Änderung der Auffassungen darüber feststellbar, was man sich gegenseitig schuldig ist, natürlich auch um des eigenen Interesses willen.

SPIEGEL: Sehen Sie noch andere wesentliche Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und Weimar?

WEHNER: Ja. Wir haben heute in der Bevölkerung ein ausgeprägteres Rechtsbewußtsein im weitesten Sinne, ungeachtet aller politischen und sonstigen Interessengegensätze. Wir haben viel weniger Neigung zu Frontenbildungen, die den Staat, die Justiz, das Parlament schlechthin in Frage stellen, womit ich nicht sagen will, Staat, Justiz oder Parlament wären heute vorbildlich und tadelsfrei. Aber das Verhältnis breiter Bürgerschichten zum Staat und zu seinen tragenden Einrichtungen ist heute ganz anderes.

SPIEGEL: Würden Sie in all dem ein Verdienst Adenauers erkennen?

WEHNER: Die Lage des freien Teils Deutschlands wäre katastrophal geworden, wenn das Aufrechnen, der Kampf aller gegen alle, die Bildung ungezählter Parteien geschehen wäre, kurz, wenn wir an diese Art von Politik von vor 1933 angeknüpft hätten. Wie das moralisch zu bewerten ist, das ist nicht meine Sache, dazu habe ich meine privaten eigenen Meinungen. Aber vom Schicksal Deutschlands gesehen und im Blick darauf, wie es weitergehen wird, kommt es auf folgendes an: Es waren zwei Entwicklungsmöglichkeiten, bei denen man sagen muß — obwohl ich innenpolitischer Gegner war und bleiben werde, auch im Rückblick: Das, was entwickelt wurde, ist ein Verdienst. Es hätte auch ganz anders, es hätte auch schlimmer kommen können.

SPIEGEL: Herr Wehner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.